

Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland

Erster Zweck

K.F. Im Ton freundlich, im Stil verbindlich, in der Sache ablenkend: So liest sich die Replik des französischen Außenministers Védrine auf den europapolitischen Zukunftsentwurf des Privatmanns Fischer...

Vierter Stamm

Mi. Stoiber hat es gut. Er ist nicht deutscher Außenminister und deshalb nicht in erster Linie für das deutsch-tschechische Verhältnis zuständig. Als bayerischer Ministerpräsident muss er wenig Rücksicht auf Prager Empfindlichkeiten nehmen...

Drittes Rom

W.A. Das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche zeichnet sich durch strenge Staatstreue aus und mag sich in patriotischer Hinsicht selbst von den großrussischen Nationalisten nicht übertreffen lassen...

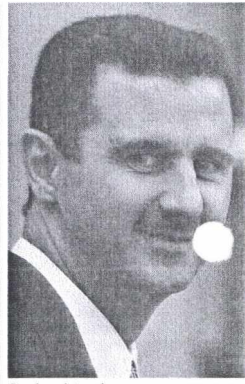
Vergebliche Forderungen

Ansprüche auf Reparationen Deutschlands sind längst erloschen / Von Reinhard Müller

im Kriegszustand waren. Er setzte sich durch. Reparationen werden im „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ nicht erwähnt. Unabhängig von der Bezeichnung als Zwei-plus-vier-Vertrag besteht jedoch kein Zweifel daran, dass der Vertrag – wie sein offizieller Name schon sagt – die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland darstellt...

31. Dezember 1997 ergibt sich für die westlichen Besatzungszonen und die sowjetische Zone ein Wert von knapp 200 Milliarden Mark. An innerstaatlichen Leistungen und Zahlungen im Rahmen des Lastenausgleichs ergaben sich mehr als 750 Milliarden Mark. Der Verlust der Ostgebiete des Deutschen Reiches, eines Viertels des Staatsgebietes, der durch den Zwei-plus-vier-Vertrag besiegelt wurde, lässt sich in Zahlen nicht ausdrücken...

richtlich Schadensersatz für Kriegsereignisse geltend gemacht werde. Massenmord und Kriegsverbrechen kann man mit Geld nicht wieder gutmachen. Soweit aber Entschädigung geleistet werden kann, hat Deutschland dies getan. Das heißt nicht, dass der deutsche Staat nicht weiterhin freiwillig Ungerechtigkeiten finanziell zu mildern suchen sollte...



Baschar al Assad Foto Reuters

Gefordert

Der Sohn und voraussichtliche Nachfolger des verstorbenen syrischen Staatspräsidenten Assad wurde nicht als künftiger politisch-militärischer Führer des Landes erzo-gen. Baschar al Assad war auch nicht die erste Wahl seines Vaters für die Amts-nachfolge. Erst nach dem Unfalltod seines älteren Bruders Bahl 1994, den der Vater eigentlich zu seinem Nachfolger erkoren hatte, musste Baschar auf väterliche An-ordnung diese Rolle übernehmen...

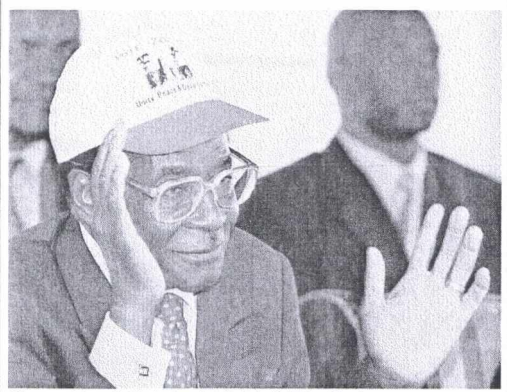
Weder frei noch fair

Vor den Parlamentswahlen erlebt Zimbabwe eine Welle der Gewalt / Von Robert von Lucius

Nationen hatten die Berichte der zahlrei-chen ausländischen Beobachtergruppen „koordinieren“ wollen. Mugabe scheute aber offenbar das Gewicht, das ein UN-Befund zum Verlauf der Wahlen hätte. Er hoffte vielmehr, zumindest einige – et-wa afrikanische – Wahlbeobachter zur Abgabe einer Erklärung bewegen zu könn-en, nach der die Wahlen in Zimbabwe „frei und fair“ sein würden...

Die größte ausländische Beobachter-gruppe kommt mit 160 Personen aus der Europäischen Union (EU); logistisch ko-ordiniert wird sie von der Deutschen Ge-sellschaft für Technische Zusammenar-beit. Sie verlagerte ihren Einsatz Ende der vergangenen Woche aus Harare in die Provinz, war aber zunächst in ihrer Bewegungsfreiheit – wie andere Wahlbe-obachter auch – eingeschränkt, weil sie nicht zugleich die Akkreditierung er-hielt. Die EU gab indes dem Drängen Mugabes nach, Briten nicht als Wahlbe-obachter zu entsenden; Mugabe nutzt derzeit die „britischen Kolonialisten und Imperialisten“ im Wahlkampf als Sünden-böcke für eigenes Versagen. Die briti-schen Wahlbeobachter wurden durch Ke-nianer und Norweger ersetzt. Die von

kamen bisher 31 Gegner der Regierung ums Leben. Mugabe fördert diese Ge-walt. Zwar hatte er mehrfach zugesagt, seine Hassträden zu beenden. Dennoch sagte er Ende vergangener Woche bei ei-ner Wahlkampfveranstaltung, falls (ein-Be) Bauern sich der gewaltsamen Beset-zung ihres Landes durch (von Mugabe un-terstützte) „Kriegsveteranen“ widerset-zen würden die (von der Armee gesteu-erten) „Veteranen“ sie töten. Die EU zeigte sich zu Beginn ihres Ein-satzes besorgt über die Gewalttaten und ließ wissen, der Wahlverlauf könne Ein-fluss haben auf das künftige Verhältnis zwischen Brüssel und Harare. Auch der Vorsitzende der deutsch-südafrikani-schen Parlamentariergruppe, der SPD-Abgeordnete Büttner, der bis vor kur-zem Mugabe unterstützt hatte, schrieb diesem nun, deutsche Abgeordnete re-spektierten zwar seinen Beitrag zur Be-freiung Zimbabwes, verteilten aber die vom Staat geschützte Gewalt. Zu den wenigen europäischen Stim-men, auf die sich die Regierung in Ha-re noch berufen kann, zählt ein Mitarbei-ter des staatlich finanzierten Afrika-In-stituts in Hamburg. Der Wissenschaftler, der sich vor allem Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre mit Zimbab-we befasste hatte und damals auch Zim-babwe besuchte, sagte gegenüber der Re-gierungszeitung „Herald“, das Ansehen Mugabes in der Welt werde durch „zän-de Angriffe der Weltpresse“ zerstört. Die „einseitigen“ Berichte in Zeitungen und im Fernsehen seien eher Erfindung denn Tatsache. Die „gesamte deutsche Presse“ sei gegen Mugabe, vor allem we-gen dessen Haltung zur Homosexuelle-rität. Der Präsident nannte Homosexuelle „schimmel als Hunde und Schweine“ und wegen dessen „angeblicher“ Missach-tung des Rechtsstaats. In einem Leser-brief an den „Zimbabwe Independent“ warf der Hamburger dieser unabhängi-gen Wochenzeitung vor, ihre Sichtweise sei seit vielen Jahren „sehr eng und vorur-teilsbehaftet, wenn nicht gar böswillig“. Die Berichte der angesehenen Zeitung seien „unverantwortlicher Journalismus“ und hätten, so der Leserbrief, die zimbab-wische Gesellschaft „hoffnungslos ver-giftet“.



Klammert sich an die Macht: der zimbabwische Präsident Mugabe Foto AP

ten aus dem Kongo verkaufen wollte. Dieser Wahlbeobachter galt bislang als der einflussreichste Berater des Common-wealth-Generalsekretärs McKinnon für Afrika. Einige zimbabwische Oppositionspol-iti-ker und unabhängige Zeitungen kriti-sierten McKinnon für dessen Äußerung nach einem kurzen Zimbabwe-Besuch, die Wahlen könnten frei und fair ver-laufen – dies ersehe nun in einem an-deren Licht – und forderten McKinnons Rücktritt. McKinnon sagte danach am Wochenende, vorläufige Berichte der Commonwealth-Beobachter wiesen da-rauf hin, dass die Lage in Zimbabwe für freie Wahlen „nicht förderlich“ sei.

London bezahlt werden. Auch das Com-monwealth nominierte keine Briten für seine Beobachtergruppe, obwohl Lon-don schon Mitglieder vorgeschlagen hat-te. Zimbabwe verweigerte einem Briten, der EU-Beobachter ausbilden sollte, am Flughafen die Einreise. Trotz dieser Vorankommisse zeigte die An-kunft der ausländischen Wahlbe-obachter offenkundig erste Wirkungen: Als die Beobachter aus der EU eintrafen, durfte die größte Oppositionspartei sich erstmals kurz im Fernsehen äußern. Den-noch ist das Ende der politischen Gewalt nicht in Sicht. Mit der Ermordung eines weiteren Anhängers der Opposition in ei-nem Lager von Mugabes Partei Zanu-PF

den herrschenden Baath-Partei un-terstützte) „Kriegsveteranen“ widerset-zen würden die (von der Armee gesteu-erten) „Veteranen“ sie töten. Die EU zeigte sich zu Beginn ihres Ein-satzes besorgt über die Gewalttaten und ließ wissen, der Wahlverlauf könne Ein-fluss haben auf das künftige Verhältnis zwischen Brüssel und Harare. Auch der Vorsitzende der deutsch-südafrikani-schen Parlamentariergruppe, der SPD-Abgeordnete Büttner, der bis vor kur-zem Mugabe unterstützt hatte, schrieb diesem nun, deutsche Abgeordnete re-spektierten zwar seinen Beitrag zur Be-freiung Zimbabwes, verteilten aber die vom Staat geschützte Gewalt. Zu den wenigen europäischen Stim-men, auf die sich die Regierung in Ha-re noch berufen kann, zählt ein Mitarbei-ter des staatlich finanzierten Afrika-In-stituts in Hamburg. Der Wissenschaftler, der sich vor allem Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre mit Zimbab-we befasste hatte und damals auch Zim-babwe besuchte, sagte gegenüber der Re-gierungszeitung „Herald“, das Ansehen Mugabes in der Welt werde durch „zän-de Angriffe der Weltpresse“ zerstört. Die „einseitigen“ Berichte in Zeitungen und im Fernsehen seien eher Erfindung denn Tatsache. Die „gesamte deutsche Presse“ sei gegen Mugabe, vor allem we-gen dessen Haltung zur Homosexuelle-rität. Der Präsident nannte Homosexuelle „schimmel als Hunde und Schweine“ und wegen dessen „angeblicher“ Missach-tung des Rechtsstaats. In einem Leser-brief an den „Zimbabwe Independent“ warf der Hamburger dieser unabhängi-gen Wochenzeitung vor, ihre Sichtweise sei seit vielen Jahren „sehr eng und vorur-teilsbehaftet, wenn nicht gar böswillig“. Die Berichte der angesehenen Zeitung seien „unverantwortlicher Journalismus“ und hätten, so der Leserbrief, die zimbab-wische Gesellschaft „hoffnungslos ver-giftet“.

den herrschenden Baath-Partei un-terstützte) „Kriegsveteranen“ widerset-zen würden die (von der Armee gesteu-erten) „Veteranen“ sie töten. Die EU zeigte sich zu Beginn ihres Ein-satzes besorgt über die Gewalttaten und ließ wissen, der Wahlverlauf könne Ein-fluss haben auf das künftige Verhältnis zwischen Brüssel und Harare. Auch der Vorsitzende der deutsch-südafrikani-schen Parlamentariergruppe, der SPD-Abgeordnete Büttner, der bis vor kur-zem Mugabe unterstützt hatte, schrieb diesem nun, deutsche Abgeordnete re-spektierten zwar seinen Beitrag zur Be-freiung Zimbabwes, verteilten aber die vom Staat geschützte Gewalt. Zu den wenigen europäischen Stim-men, auf die sich die Regierung in Ha-re noch berufen kann, zählt ein Mitarbei-ter des staatlich finanzierten Afrika-In-stituts in Hamburg. Der Wissenschaftler, der sich vor allem Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre mit Zimbab-we befasste hatte und damals auch Zim-babwe besuchte, sagte gegenüber der Re-gierungszeitung „Herald“, das Ansehen Mugabes in der Welt werde durch „zän-de Angriffe der Weltpresse“ zerstört. Die „einseitigen“ Berichte in Zeitungen und im Fernsehen seien eher Erfindung denn Tatsache. Die „gesamte deutsche Presse“ sei gegen Mugabe, vor allem we-gen dessen Haltung zur Homosexuelle-rität. Der Präsident nannte Homosexuelle „schimmel als Hunde und Schweine“ und wegen dessen „angeblicher“ Missach-tung des Rechtsstaats. In einem Leser-brief an den „Zimbabwe Independent“ warf der Hamburger dieser unabhängi-gen Wochenzeitung vor, ihre Sichtweise sei seit vielen Jahren „sehr eng und vorur-teilsbehaftet, wenn nicht gar böswillig“. Die Berichte der angesehenen Zeitung seien „unverantwortlicher Journalismus“ und hätten, so der Leserbrief, die zimbab-wische Gesellschaft „hoffnungslos ver-giftet“.

Immobilienmarkt-Verlagsbeilage. Immobilienstandort Berlin und Brandenburg. Erscheinungstermin: Freitag, 7. Juli 2000. Anzeigenschluss: Freitag, 23. Juni 2000. Bitte fordern Sie unseren Themenplan an. Fragen zu Anzeigenschaltungen beantworten Ihnen gern unsere Berater. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Anzeigenabteilung: Immobilienmarkt, 60267 Frankfurt am Main, Telefon (069) 75 91-23 55 oder Telefax (069) 75 91-28 90.